



Dortmunder Ausschreitungen nutzen nur den Neonazis

10 000 überwiegend junge Dortmunderinnen und Dortmunder sind am 3. September dem Aufruf des Bündnisses „Dortmund nazifrei!“ gefolgt, um ein Zeichen gegen Intoleranz und Fremdenhass zu setzen und um einen Nazi-Aufmarsch durch ihre Stadt zu verhindern. Doch was als friedlicher Protest begonnen hatte, mündete am frühen Nachmittag in einem brutalen Angriff von verummten Linksausonomen auf die Polizei. 42 Polizisten wurden dabei verletzt, drei von ihnen schwer. Eine Konfrontation mit Ansage, denn Ereignisse wie in Dortmund sind längst kein Einzelfall mehr.

Immer wieder sind Polizisten in den vergangenen Jahren am Rande von Neonazi-Demonstrationen von gewaltbereiten Linksextremisten angegriffen worden, wenn sie versucht haben, die Demonstrationswege von beiden politischen Lagern auseinanderzuhalten. Für die GdP ist das ein unerträglicher Zustand, denn die massive Gewalt von Links diskreditiert den legitimen, notwendigen Widerstand gegen jede Form von Neonazismus. „Wenn wir verhindern wollen, dass sich in Deutschland Neonazis breit machen, brauchen wir einen breiten gesellschaftlichen Widerstand gegen den braunen Sumpf, aber keine Gewalt gegen die Polizei“, sagte GdP-Landesvorsitzender Frank Richter unmittelbar nach den Dortmunder Ereignissen gegenüber Journalisten. „Wer sein Mütchen dadurch kühlen will, dass er Polizisten mit Steinen, Sprengkörpern und Pfefferspray angreift, arbeitet nur den Rechtsextremisten in die Hände, die unsere Demokratie abschaffen wollen“, fügte Richter hinzu.

Zu den Angriffen auf die Polizei war es gekommen, obwohl die Einsatzleitung den Gegendemonstrationen zunächst viel Raum gelassen hatte. In der Stadt war zwar an vielen Stellen ein massives Polizeiaufgebot präsent, zudem hatte die Polizei zahlreiche Straßensperren errichtet, um gewaltsame Zusammenstöße beider politischer Lager zu verhindern, aber abseits der Sperren ließ die Polizei den Gegendemonstrationen viel Raum. Selbst eine Gruppe von mehreren hundert verummten Linksextremisten ließ sie zunächst unbehelligt durch die Straßen ziehen. Das änderte sich erst, als aus dem Block der verummten Linksextremisten Polizisten mit Sprengkörpern be-



→ Seite 2



Keine Demo ohne UN-Beobachter mehr!



Bei der Dortmunder Demonstration gegen den Neonazi-Aufmarsch war viel politische Prominenz vor Ort. Nicht nur Dortmunds Oberbürgermeister Ullrich Sierau und NRW-Arbeitsminister Guntram Schneider sind als Redner aufgetreten, sondern auch etliche Bundes- und Landtagsabgeordnete haben in Dortmund mitdemonstriert oder haben sich als Beobachter selbst einen Einblick über die Situation vor Ort verschafft. Und das ist gut so in einer Demokratie.

Aber auch für parlamentarische Beobachter gibt es Spielregeln: Wer als Abgeordneter Polizeisperrungen passiert, die für normale Demonstranten nicht passierbar sind, weil die Polizei beide politische Lager auseinanderhalten muss, um eine sonst drohende Eskalation der Gewalt zu verhindern, macht das als parlamentarischer Beobachter und nicht als Demonstrant. Das ist die Voraussetzung, um die Sonderrechte eines Abgeordneten nutzen zu können. Eine Selbstverständlichkeit eigentlich, die sich aber scheinbar noch nicht unter allen

Abgeordneten herumgesprochen hat. Und noch eine zweite Selbstverständlichkeit scheint sich noch nicht bei allen Politikern herumgesprochen zu haben: Demonstrationen sind ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie und keine Seifenoper, in der Polizisten als Statisten auftreten, die man nach Belieben hin- und herschieben kann. Auch nicht von parlamentarischen Beobachtern. Wer gelbe Warnwesten anzieht, um sich als parlamentarischer Beobachter zu outen, zeigt damit, dass er als Abgeordneter Wahlkampf für seine Partei führt. Das ist legitim. Aber auch gelbe Warnwesten geben Abgeordneten nicht das Recht, in Polizeieinsätze einzugreifen. Und auch nicht das Recht, allen Fakten zum Trotz immer wieder aufs Neue zu behaupten, die Polizei schütze nur die Faschisten und gehe mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen die Gegendemonstranten vor.

Wer in Dortmund war, weiß, dass die Polizei einen verdammt guten Job gemacht hat. Wer trotzdem etwas anderes behauptet, nur weil er sich einen parteipolitischen Vorteil davon verspricht, sollte auch so konsequent sein und behaupten, dass Deutschland eine Bananenrepublik ist und keine Demokratie. Dann kann er wenigstens UN-Beobachter für Demonstrationen fordern!

Frank Richter

Fortsetzung von Seite 1

worfen wurden und kurz darauf von ihnen ein Polizei-Bulli mit Steinen, Fahnenstangen und schweren Wurfgeschossen vollkommen entglast und demoliert wurde. Zur Abwehr der unmittelbaren Gefahr setzten die Einsatzkräfte daraufhin Tränengas ein sowie – erstmals seit vielen Jahren in NRW – auch einen Wasserwerfer.

Dortmunds Polizeipräsident Hans Schulze sprach hinterher von einer Gewaltbereitschaft linker Gegendemonstranten „in einer Dimension, wie wir sie in Dortmund bisher nicht kannten“. Beigetragen zu der aufgeheizten Stimmung hatte auch ein im Vorfeld der Demonstration verbreiteter Aufruf des Bündnisses „Dortmund nazifrei!“ zu Straßenblockaden. Er hatte neben Tausenden von friedlichen Demonstranten auch 1500 Linksautonome nach Dortmund gelockt, die den Neonazi-Aufmarsch nur als Vorwand genutzt haben, um eine bereits im Vorhinein geplante gewaltsame Konfrontation mit der Polizei zu suchen.

Vertreter der Initiative „Dortmund nazifrei!“ hatten zudem der Polizei im Vorfeld der Demonstration eine „einseitige Stellungnahme am Rande des Neutralitätsgebotes“ unterstellt. Der Grund: Dortmunds Polizeipräsident hatte erklärt, dass es für die Polizei keine rechtliche Grundlage gebe, den Neonazi-Auf-

marsch zu verbieten. Die Polizei müsse deshalb notfalls auch Straßenblockaden gegen den Neonazi-Aufmarsch auflösen.

Auch dieses Spiel wiederholt sich seit Jahren bei allen größeren Demonstrationen von Rechtsextremisten: Verbietet die Polizei den Aufmarsch der Neonazis, vergehen oft nur Stunden, bis Gerichte das Verbot wieder aufheben. Selbst das Bundesverfassungsgericht hat in den letzten Jahren immer wieder zu Gunsten der Neonazis entschieden. Verzichtet die Polizei aber auf einen Verbotsversuch, weil er bei der bislang geltenden Rechtslage aussichtslos ist, wird sie öffentlich der heimlichen Kumpanei mit den Rechtsextremisten verdächtigt.

Ein Dilemma, das sich nur durch ein Verbot rechtsextremistischer Parteien auflösen lässt, wie es die GdP seit langem fordert. Doch dazu fehlt der Politik bislang der Mut. Sie verlangt statt dessen von der Polizei etwas, was sie nicht darf, nämlich nach politischen Vorgaben darüber zu entscheiden, wer in Deutschland demonstrieren darf und wer nicht – statt ihre Entscheidung an den bestehenden Gesetzen zu orientieren.

In einem Ende August an führende Vertreter der Initiative „Dortmund nazifrei!“ verschickten offenen Brief hatte Frank Richter deshalb zu einem Verzicht auf die angekündigten Sitzblockaden aufgerufen. „Polizistinnen und Polizisten sind keine Richter. Wenn eine Versamm-

lung oder Demonstration aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht verboten werden kann, muss die Polizei diese schützen – ob sie will oder nicht!“, heißt es in dem Brief. Das gelte auch für Demonstrationen von Neonazis. Richter erinnerte zudem daran, dass Polizisten, die eine Demonstration begleiten, nicht die politische Meinung der Demonstranten schützen, sondern das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit.

Auch Innenminister Ralf Jäger (SPD) hat die Angriffe auf die Polizisten scharf verurteilt. „Die Gewaltexzesse gegen Polizeibeamte haben mit demokratischem Protest überhaupt nichts mehr zu tun“, sagte Jäger. Kritisch bewertet wird der Polizeieinsatz hingegen von der Linkspartei. Deren Fraktionsvorsitzender Wolfgang Zimmermann warf der Polizei „unverhältnismäßige Gewalt“ bei der Auflösung von Sitzblockaden vor. Nicht äußern wollte sich Zimmermann dagegen zu den Vorwürfen gegen den Geschäftsführer der Linksjugend, Serdar Boztemur (22): Der Jungpolitiker hatte Zimmermann während der Protestaktionen gegen den Neonazi-Aufmarsch als sogenannter parlamentarischer Beobachter begleitet. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm jetzt vor, bei der Auflösung einer der Sitzblockaden durch die Polizei heftigen Widerstand geleistet und dabei eine Beamtin in den Arm gebissen zu haben.



Neuer Winter – altes Problem

Nachdem die beiden letzten Winter durch extreme, zweistellige Minustemperaturen geprägt waren, hat es massive Beschwerden der Kolleginnen und Kollegen aus dem Wachdienst gegeben, die sich durch die optionale Wintermütze nicht genügend geschützt fühlen. Die GdP versucht seitdem das Innenministerium davon zu überzeugen, dass es zwingend erforderlich ist, eine neue persönliche Wintermütze in die Grund- und Funktionsausstattung aufzunehmen. Bislang leider vergeblich: Sah es noch Anfang des Jahres so aus, als ob sich das Ministerium der GdP-Forderung anschließen würde, hat die Ministeriumsspitze jetzt einen Salto rückwärts gemacht, mit der Folge, dass unsere Kolleginnen und Kollegen auch im kommenden Winter wieder frieren werden.

Fakt ist:

1. Die vorhandene Wintermütze (sog. Russenkappe) findet in weiten Teilen der Kollegenschaft und in der Bevölkerung keine Akzeptanz und wird aus diesem Grunde auch nicht getragen.

2. Das dies so ist, hatte zunächst auch das Innenministerium anerkannt und im Winter 2010/2011 einen Probeversuch mit einer neuen Wintermütze (Baseballcap gefüttert mit ausklappbarem Ohrenschutz) in den Behörden Aachen, Kleve und Olpe durchgeführt.

In seinem Schreiben vom 27. September 2010 an die drei Behörden macht das IM folgende Aussage: „Vor dem Hintergrund einer allgemein feststellbaren fehlenden Akzeptanz dieses Ausstattungsstücks wurde im Abgleich mit den Lösungen anderer Polizeien der Länder, des Bundes und benachbarter Staaten die Möglichkeit einer weiteren Anpassung des Modells geprüft“.

3. Nach Beendigung des Probelaufs wurde in den drei Behörden eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt, die jedoch negativ ausfiel (siehe Deutsche Polizei 6/2011). Die Befragten äußerten sich insbesondere zum Wärmeverhalten der Mütze kritisch, weil der Schutz der Ohren durch die nicht eng genug anliegenden Ohrenklappen nicht ausreichend gegeben war. Daneben wurden Verschmutzungen an der ausgeklappten Innenseite der Mütze bemängelt. Form und Design der Mütze wurden von einem Großteil der Kolleginnen und Kollegen überwiegend als in „keiner Weise zeitgemäß“ bezeichnet. Im Abschlussbericht des LZPD an das Innenministerium vom 28. März 2011 lautet der letzte Satz des Fazits wie folgt: „Als Alternative wird von einem Großteil der Teilnehmer(Innen) eine Woll- oder Fleecemütze gewünscht.“

Wer nun gedacht hatte, das Innenministerium würde sich diesem Wunsch anschließen, sieht sich jedoch bis heute bitter enttäuscht. Weil die Mitarbeiterbefragung nicht so ausfiel, wie sich das Ministerium das vorgestellt hatte, haben die Verantwortlichen dieses Problem offenbar für erledigt erklärt. Denn nur so ist zu erklären, dass nach dem negativen Abschlussbericht des Trageversuchs im Innenministerium alle Überlegungen für eine neue Wintermütze eingestellt wurden. Mehr noch: Zwischenzeitlich wurde von der Ministeriumsspitze auch ein vom Polizeihauptpersonalrat beantragter Initiativantrag zur Anschaffung einer Fleecemütze für die Kräfte des Wachdienstes nach der entsprechenden Erörterung abgelehnt. Begründet wird die Ablehnung mit arbeitsschutzrechtlichen Gründen (Erkennbarkeit der Mütze) und mit einer angeblich fehlenden Abgrenzung zu privaten Sicherheitsunternehmen.

Landesvorsitzender Frank Richter hat dieses Vorgehen als skandalös kritisiert: „Das Verhalten des Innenministeriums stellt einen groben Verstoß gegen die Fürsorgepflicht des Dienstherrn dar. Die Verantwortlichen im Ministerium gestehen selber ein, dass die jetzige Wintermütze keine Akzeptanz

hat, weder bei den Polizisten noch in der Bevölkerung. Dennoch weigern sie sich, dieses Problem zu lösen“, kritisiert Richter. „Die Argumente des Arbeitsschutzes und der Erkennbarkeit werden dabei nur vorgeschoben, um vom eigentlichen Grund abzulenken, nämlich dass eine zeitgemäße Winterbe-

→ Seite 4

Einsatzverpflegung – da waren es nur noch zwei

Im Zuge der Privatisierung der Einsatzverpflegung der Polizei durch die frühere schwarz/gelbe Landesregierung wurde auch für den Bereich Ostwestfalen (Behörden Bielefeld, Gütersloh, Herford, Höxter, Minden-Lübbecke und Paderborn) die Versorgung der Einsatzkräfte einem privaten Caterer übertragen. Ohne dass es zu Mängeln gekommen ist, hat der private Caterer jetzt den laufenden Vertrag zum 9. März 2012 gekündigt. Begründet hat er seine Entscheidung wie folgt: „Nach unserer Beurteilung und der Analyse der bisher erbrachten Leistungen steht der Aufwand und die stete Abruf-Bereitschaft (Personal) in keinem Verhältnis zum ökonomischen Ertrag“.

Dem ist aus Sicht der GdP nichts hinzuzufügen, es sei denn, dass man nochmals feststellt, dass die GdP mit allen Prognosen zur damaligen Privatisierung richtig lag. Von den anfangs fünf Caterern sind jetzt noch zwei übriggeblieben.

Anzeige

**Ihr Ansprechpartner für
Wärmebildtechnik und
einsatzerprobte Lösungen!**



LIEMKE GmbH & Co. KG
Industriestraße 33
D-33689 Bielefeld
www.lk-defence.de



Das deutsche Gesicht des islamistischen Terrors

Die von islamistischen Extremisten ausgehende weltweite Bedrohung hat ein deutsches Gesicht. Nicht nur bei den Attentätern des 11. September haben in Deutschland großgewordene Islamisten eine entscheidende Rolle gespielt, sondern auch bei den geplanten Anschlägen der jhardistischen Düsseldorfer Zelle und bei der Sauerlandgruppe waren Deutsche, die zuvor zum Islam konvertiert sind, die Urheber. Das zeigt eine Studie des Verfassungsschutzes in NRW, die Innenminister Ralf Jäger (SPD) unmittelbar vor dem zehnten Jahrestag des Anschlags auf das World Trade Center vorgelegt hat.

Die größte Terrorgefahr geht nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes von der Gruppe der rund 500 in NRW lebenden Salafisten aus. Die Salafisten wollen einen auf den Islam begründeten Gottesstaat errichten. Westliche Demokratie und Menschenrechte lehnen sie ab und fordern stattdessen die Einführung der Scharia. Um dieses Ziel zu erreichen,

schrecken die Salafisten auch vor Terroranschlägen nicht zurück. „Alle Attentäter des 11. September waren Salafisten. Genauso die Mitglieder der Düsseldorfer Zelle und der Sauerlandgruppe“, stellte Jäger bei der Vorstellung der Verfassungsschutz-Studie fest. Sorge bereite ihm zudem die Beobachtung, dass sich unter den Salafisten auch etliche junge

deutsche oder in Deutschland geborene Nicht-Muslime befinden, die zum Islam konvertiert sind. Ihren Anteil schätzt der Verfassungsschutz auf bis zu zehn Prozent (Grafik).

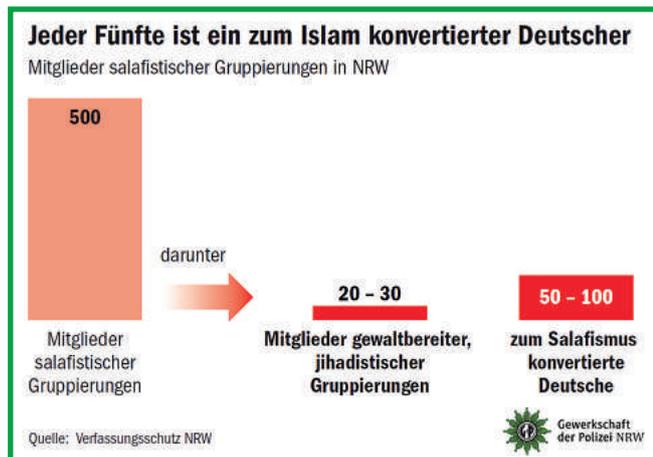
Um Terroranschläge verhindern zu können, hat der Verfassungsschutz den Lebenslauf und die politische Einstellung von 130 in NRW lebenden Konvertiten aus dem islamistischen Umfeld un-



60 Prozent aller konvertierten Mitglieder salafistischer oder anderer als extremistisch eingestufte islamistischer Gruppierungen in NRW haben Straftaten begangen. Jeder Siebte zeichnet sich durch eine hohe Affinität zur Gewalt aus. Das belegt eine im September dieses Jahres veröffentlichte Studie des Verfassungsschutzes NRW, in der die Lebensläufe von 130 zum Islam konvertierten Deutschen untersucht worden sind.

tersucht. Das Ergebnis: 60 Prozent von Ihnen sind durch Straftaten auffällig geworden. 15 Prozent zeigten eine hohe Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt.

Anfang August hatte GdP-Landesvorsitzender Frank Richter bereits auf das gleiche Problem hingewiesen. Unter den 28 derzeit in NRW vom Verfassungsschutz als Gefährder beobachteten Islamisten seien viele in Deutschland Geborene, die den islamischen Glauben erst nachträglich angenommen haben, sagte Richter damals gegenüber der Rheinischen Post. Dies sei eine „beängstigende Entwicklung“.



Von den 500 dem Verfassungsschutz bekannten Salafisten in NRW ist jeder Fünfte ein zum Islam konvertierter Deutscher oder ein hier geborener früherer Nicht-Muslim.

Fortsetzung von Seite 3

kleidung einigen Herren im Innenministerium nicht in ihr polizeiliches Weltbild passt.“ Wegen dieser Fehlentscheidung müssten im nächsten Winter erneut 15 000 Kolleginnen und Kollegen des Wach- und Wechseldienstes frieren müssen. „Das ist umso verwunderlicher, weil in fast allen anderen Bundesländern be-

reits die Fleece- oder Wollmütze zur Grundausrüstung gehören“, stellt der GdP-Landesvorsitzende fest. „Wer allen Ernstes die Fleece- oder Wollmütze mit der Begründung der fehlenden Erkennbarkeit ablehnt, aber gleichzeitig 2000 Wintermützen alter Art bestellt, an denen keinerlei Reflektoren angebracht sind, entlarvt

sich selbst.“ Die GdP wird sich in dieser Angelegenheit deshalb nochmals persönlich an Innenminister Ralf Jäger (SPD) wenden. „Vielleicht hat der Innenminister ja ein Einsehen und beendet dieses Trauerspiel seines Hauses, indem er die Forderung der GdP nach Anschaffung einer Fleece- oder Wollmütze aufgreift.“



Glücksnummern des Monats

45 20345
Holger Teriet, Essen/Mülheim

45 17862
Lisa Brinkmann, Düsseldorf

45 19438
Faruk Külhan, Düsseldorf

45 17472
Falko Schäfer, Bonn

Die Gewinner erhalten ein Schreibset „Cerrutti“.

Wir sind die GdP



Für die Berufseinsteiger bei der Polizei ist am Anfang alles neu. Von den Anforderungen des Bachelor-Studiums bis zu den polizeispezifischen Fachausdrücken. Und auch viele Alltagsprobleme müssen gelöst werden. Von der Zimmeruche am Ausbildungsort bis zur Auswahl des richtigen Versicherungsschutzes. Für die GdP sind die Kommissaranwärterinnen und -anwärter junge Kolleginnen und Kollegen – von Anfang an. An allen zehn Ausbildungsstandorten hatte die GdP deshalb Anfang September ein umfangreiches Beratungs- und Betreuungsangebot organisiert, um den Neuen den Berufseinstieg zu erleichtern. Getragen wurde die Arbeit nicht nur von den Kreisgruppen vor Ort, sondern auch von etlichen jungen GdP-Mitgliedern, die ihre Ausbildung bei der Polizei selber erst in den letzten beiden Jahren begonnen haben und so ihre eigenen, noch frischen Erfahrungen mit der Lösung von Studien- und Ausbildungsproblemen weitergeben konnten.

In Bielefeld waren das zum Beispiel René Schäfer und Lisa Huxhage, beide Einstellungsjahrgang 2010. Was war die wichtigste Botschaft an die Neuen während der Begrüßungsveranstaltung der GdP im Bielefelder Audi-Max?, wollte die DP-Redaktion von ihnen wissen. „Für mich war es der Klausurvorbereitungs-Service der GdP. Die Dozenten sind echt klasse. Die wissen, worauf es bei der Prüfung ankommt“, meint René Schäfer. „Und wir hatten eine zweite Botschaft: Die GdP kümmert sich, wenn es im Studium mal klemmt.“ Auch Lisa Huxhage kann das nur unterstreichen. „Die Klausuren sind am wichtigsten! Und, dass die GdP immer ansprechbar ist. Ich habe selbst schon im Nachtdienst einen GdP-Kollegen wegen eines Rates angerufen. Das ist faszinierend, dass das geht.“

Eine Botschaft, die offenbar angekommen ist. Allein in Bielefeld sind in den ersten beiden Wochen 143 der 160 Neueinsteiger in die GdP eingetreten.

GdP aktiv

1. – 3. 10., Blaulichtmeile, NRW-Tag und Tag der Deutschen Einheit im Rahmen des Deutschlandfestes 2011 in Bonn

2. 11., APS-Tagung, Katholische Bildungsstätte Wolfsburg, Mülheim

3. 11., Tarifpolitische Konferenz

14. 11., Jubilarehrung der Kreisgruppe Dortmund, 16.00 Uhr, Kantine, PP Dortmund, Markgrafenstr. 102, Dortmund

17. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bielefeld, 16.00 Uhr, Gaststätte Fichtenhof, Heinrich-Forke-Str. 5, Bielefeld

24. 11., GdP-Verkehrs-Forum Düsseldorf

4. 11., Bürger- und Polizeifest der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 20.00 Uhr, Stadthalle Mülheim, Infos und Karten GdP-Büro Mülheim, Tel. 02 01/8 29-85 36

12. 11., Großes Bürger- und Polizeifest der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 20.00 Uhr, Saal Europa der Messe Essen, Infos und Karten GdP-Büro Essen, Tel. 02 01/8 29-24 80

Antrag nicht vergessen

Mit dem Herbstbeginn steigt auch wieder die Zahl der Großeinsätze der Bereitschaftspolizei. Momentan erreichen die GdP deshalb eine Vielzahl von Anfragen, wie der aktuelle Stand in Bezug auf die Vergütung der Mehrarbeit ist? Hierzu gibt es folgenden Sachstand: Mit Datum vom 25. Januar 2011 (Az.: 5 LC 178/09)

hat das OVG Lüneburg Bereitschaftszeiten bei Großeinsätzen als Arbeitszeit anerkannt. Hiergegen hat die niedersächsische Landesregierung Berufung eingelegt. Dieses Berufungsverfahren ist noch nicht entschieden. Für NRW gilt somit weiter die Vereinbarung, die die GdP mit dem Innenministerium getroffen hat,

dass jeder Kollege bzw. jede Kollegin für jeden Einsatz, bei dem die Bereitschaftszeiten nicht 1 : 1 vergütet werden, Widerspruch einlegen muss.

Ein Musterantrag dazu steht auf der Homepage des Landesbezirks (www.gdp-nrw.de, Pfad: Infothek, Bereitschaftspolizei, News 11.04.2011).



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 3. 10. Lieselotte Altenhoff, Bochum
- Liselotte Franz, Kleve
- 5. 10. Anneliese Scholz, Münster
- Gertrud Swyen, Nettetel
- 6. 10. Lieselotte Evers, Dortmund
- Maria Junkers, Wesel
- 8. 10. Helene Feldhaus, Münster
- Josef Rütten, Hückelhoven
- 9. 10. Sigrun Jansen, Köln
- 19. 10. Reinhard Bovenkerk, Isselburg
- Else Werth, Wuppertal
- 21. 10. Charlotte Maaß, Wesel
- Eduard Malberg, Oberhausen
- Josef Toelle, Castrop-Rauxel
- 23. 10. Barbara Fläschel, Geilenkirchen
- 26. 10. Horst Makowa, Dorsten
- 27. 10. Henriette Demel, Zülpich
- Helmut Gunt, Hamburg

91. Geburtstag

- 3. 10. Hans Flasdick, Wuppertal

- 18. 10. Heinz Goertz, Mönchengladbach
- 19. 10. Martha Lubowski, Duisburg
- 20. 10. Margarethe Scheel, Jülich
- 21. 10. Klara Damm, Essen
- Gertrud Houben, Geilenkirchen
- 24. 10. Gerda Leopold, Köln
- 26. 10. Grete Rogall, Wilnsdorf
- 27. 10. Herta Laudien, Bochum
- Walter Schubert, Gütersloh
- 30. 10. Margarete Knetsch, Köln
- 31. 10. Gertrud Brüggemann, Bochum

92. Geburtstag

- 10. 10. Leo Erven, Aachen
- 16. 10. Johanna Schumacher, Köln
- 24. 10. Heinz Dusen, Nettetel
- 25. 10. Friedrich Jahn, Horn-Bad Meinberg
- 26. 10. Gisela Passmann, Essen
- 27. 10. Heinrich Jansen, Düsseldorf
- Willi Poussin, Krefeld
- 28. 10. Katharina Kneip, Overath
- 30. 10. Mathilde Lammers, Ochtrup

93. Geburtstag

- 5. 10. Charlotte Majert, Essen
- 16. 10. Erwin Zühlke, Schneverdingen
- 28. 10. Erich Kruse, Wuppertal

94. Geburtstag

- 27. 10. Otto Zils, Köln
- 28. 10. Hans Lingen, Köln

95. Geburtstag

- 5. 10. Albert August Müller, Kamen
- 17. 10. Hildegard Roth, Dorsten

96. Geburtstag

- 8. 10. Peter Marx, Frechen
- 15. 10. Else Vierboom, Bochum

97. Geburtstag

- 5. 10. Margarethe Oestreicher, Köln
- 31. 10. Kurt Reh, Bonn

98. Geburtstag

- 29. 10. Johanna Lonken, Wuppertal

99. Geburtstag

- 8. 10. Luise Schauch, Stolpen

100. Geburtstag

- 25. 10. Sophie Jäger, Hagen

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

GdP feiert beim NRW-Tag in Bonn mit

Weil NRW im Bundesrat zurzeit den Vorsitz inne hat, findet das zentrale Fest zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober in diesem Jahr in Bonn statt. Zuvor laden Stadt und Land bereits am 1. Oktober zu einem großen Bürgerfest am Rheinufer ein, gefolgt vom NRW-Tag am 2. Oktober.

Auch die GdP wird an allen drei Tagen in der ehemaligen Bundeshauptstadt präsent sein, mit einem eigenen Stand auf der sogenannten Blaulichtmeile, unmit-

telbar am Bonner Rheinufer – als Anlaufpunkt für die Besucherinnen und Besucher des dreitägigen Festmarathons und für die rund 3000 Polizistinnen und Polizisten, die am ersten Oktoberwochenende zum Schutz der Besucher in Bonn eingesetzt sind. Organisiert wird der Stand gemeinsam vom Landesbezirk NRW und der Kreisgruppe Bonn.

Mehr Infos: GdP-Landesbezirk NRW, Jochen Littau, Tel. 0211/29 101 22



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (Vi.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-183
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die November-Ausgabe ist der 10. Oktober 2011.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nrw.de
E-Mail: pinguin@gdp-service-nrw.de



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüros**
in Kurzfassung - Oktober 2011



Jahresauftakt auf Madeira 12. - 26. Januar 2012

Bereits im Januar 2007 haben wir die vom Golfstrom verwöhnte Atlantikinsel sehr erfolgreich als Landes-seniorenfahrt angeboten. Nun, 5 Jahre später, ist das ehemalige Hotel Oasis Atlantic komplett renoviert und wird nun unter dem Namen Hotel Four Views Oasis** geführt. Es liegt an der malerischen Bucht von Reis Magos, nur durch eine Uferpromenade vom Meer getrennt.**



**Unser Preis zum Jahresauftakt 2012
pro Person inklusive Flug und Unterbringung
im Doppelzimmer mit Halbpension plus
ab € 925,00**

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Reiseausschreibung und Anmeldung an!

GdP-Service GmbH NRW ♦ Gudastr.9 ♦ 40625 Düsseldorf
Tel.: 0211/29101-44/45/64 ♦ Fax: 0211/29101-15 www.gdp-service-nw.de ♦ pinguin@gdp-service-nw.de



Stress am Arbeitsplatz, Burnout

Deutsch-niederländisches Seminar im November

Das Problem ist jedem Kollegen, jeder Kollegin bei der Polizei bekannt: Stress am Arbeitsplatz, verdichtete Arbeit, Einsätze ohne Ende, Stapel von noch nicht bearbeiteten Vorlagen und dauernde Mehrarbeit. Auch wegen der zunehmenden Personalknappheit. Weitere Probleme

können hinzukommen: Ärger mit Vorgesetzten, Beförderungsstau, Karriereknick und schließlich Probleme in der Familie. Dann kommt, was kommen muss: der Burnout. Die Frage: Warum tue ich mir das alles überhaupt noch an? Ich kann und will nicht mehr!

Diese Situation ist offensichtlich kein spezifisches Problem der Polizei in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in den Niederlanden ist das Thema „Stress am Arbeitsplatz, Burnout, Stressbewältigung“ hochaktuell. Weil der Nederlandse Politiebond (NPB) und der GdP-Landesbezirk NRW eine gute Tradition darin haben, gemeinsam Themen und Probleme grenzüberschreitend zu bearbeiten, steht vom 15. bis 16. November dieses Jahres das Thema „Burnout, Stress am Arbeitsplatz, Stressbewältigung“ auf der Agenda des jedes Jahr stattfindenden Kooperationsseminars von NPB und GdP in den Niederlanden.

Auf dem Seminar sollen auch provokative Themen diskutiert werden, wie zum Beispiel die Frage: „Burnout“ – wird dieser Begriff bei der Polizei überstrapaziert? Als Referenten stehen Polizeiarzte, Ministeriumsmitarbeiter und Polizeipraktiker aus beiden Ländern zur Verfügung. Ziel des Seminars ist es, konkrete Analysen der polizeilichen Praxis vorzunehmen und – allen länderspezifischen Unterschieden zum Trotz – mögliche Handlungslinien für die gemeinsame Gewerkschaftsarbeit in den Niederlanden und in NRW zu entwickeln. Das Seminar ist eingebettet in die konzeptionellen Ansätze der GdP zur Senkung des hohen Krankenstandes bei der Polizei.

Mehr Infos zum Kooperationsseminar mit dem NPB: GdP-Landesbezirk NRW, Martin Volkenrath, Tel. 0211/29 101 42

Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

12. Oktober, Senioren-Herbstwanderung durch das Venn nach Mützenich. Treffpunkt: 11.00 Uhr, Konzen auf dem Parkplatz des ehemaligen Venn-Bahnhofs an der B 258. Feste Schuhe erforderlich! Dauer: ca. 2 – 2½ Std. Einkehr in der Gaststätte „Buche“

Kreisgruppe Aachen

19. Oktober, Sitzung der Seniorenvorsitzenden der Kreisgruppen im Bezirksverband, Treffpunkt: 10.00 Uhr, Gaststätte „Zum alten Brauhaus“, Monschauer Landstr. 152, Düren-Birgel

Kreisgruppe Bonn

4. Oktober, Klön-Nachmittag, Termin fällt aus!

Kreisgruppe Heinsberg

13. Oktober, Seniorentreffen, Klaus Labahn zum Thema „Versorgungsangelegenheiten, Mitgliederbetreuung“, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Restaurant „Haus Dohmen“, Hülhovener Str. 92, Heinsberg-Eschweiler

Kreisgruppe Köln

20. Oktober, Info-Treffen, Ingeborg Heinze, Dozentin Vortragsservice Geld und Haushalt, Thema: „Gut Leben im Alter – Finanzplanung für Senioren! Welche Versicherungen sind für Senioren sinnvoll? Einsatz der Kreditkarte.“ Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstraße, Köln

Kreisgruppe Soest

31. Oktober, Seniorensseminar, Anton Wiemers zum Thema „Vollmachten/Patientenverfügung“, Treffpunkt: 13.00 Uhr, Hotel-Restaurant „Rasche-Neugebauer, Wilhelmstr. 1, Bad Sassendorf, Anmeldung: Egon Schütz, Tel.: 0 29 21/6 15 35

Kreisgruppe Unna

26. Oktober, Info-Treffen, Ingeborg Heinze, Vortragsservice der Sparkassen zum Thema „Erben/Vererben“, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Café-Bistro im Park, Luisenstr. 22, Unna

NACHRUF

Rudolf Au	13. 3. 1921	Bonn	Walter Müller	20. 6. 1925	Recklinghausen
Birgit Budde	10. 4. 1979	Dortmund	Werner Podleska	6. 1. 1929	Bergisches Land
Johann Düster	5. 12. 1926	Oberbergischer Kreis	Anna Maria Reinhard	2. 5. 1920	Köln
Maria Ehlert	15. 12. 1920	Oberhausen	Jakob Schmidt	9. 12. 1923	Köln
Else Friese	6. 3. 1926	Siegburg	Dietrich Schulz	20. 7. 1928	Coesfeld
Ingo Gansen	3. 10. 1969	Unna	Helga Sochacki	27. 10. 1936	Köln
Ernst Grossmann	17. 1. 1920	Bonn	Hildegard Steinhoff	23. 5. 1913	Unna
Wilhelm Janßen	9. 7. 1915	Autobahnpolizei	Werner Stritzel	28. 6. 1931	Recklinghausen
		Düsseldorf	Eckart Tänzer	17. 10. 1947	Hagen
Irmgard Jotzo	16. 10. 1923	Dortmund	Agnes Taubitz	11. 10. 1921	Köln
Maria Knaack	13. 4. 1912	Aachen	Karl-Heinz Unterfeld	18. 8. 1922	Unna
Friedrich Kohleick	14. 12. 1919	Bergisches Land	Christina Sibylla Weis	16. 5. 1923	Erfkreis
Gerhard Kosak	13. 3. 1913	Köln	Manfred Wende	10. 1. 1927	Autobahnpolizei
Rita Kreutzenbeck	12. 6. 1946	Essen/Mülheim			Münster
Helga Langer	2. 7. 1934	Paderborn			Dortmund
Anneliese Mering	20. 10. 1921	Essen/Mülheim	Hannelore Wilms	16. 4. 1931	

